Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 235. | Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 8. Oktober 1919. | Jahrgang 1.

Kannst du nicht wie ein Adler fliegen,
Klettre nur Schritt für Schritt bergan!
Wer mit Mühe den Gipfel gewann,
Sieht auch die Welt zu Füßen liegen.
Viktor Blüthgen.

Unser tägliches Brot.

Stärker denn je drängen die interessierten Kreise auf Beseitigung des Restes der noch bestehenden Zwangswirtschaft. Handel und Landwirtschaft, insbesonderer von letzterer der Großgrundbesitz, gehen einig in diesem Bestreben. Keine Zwangsmaßnahme soll sie mehr in ihrer Tätigkeit behindern.

Man mag den Wunsch auf Beseitigung der Zwangswirtschaft und Herstellung einer vollständig freien Wirtschaft begreiflich finden. Durchführbar ist er zurzeit jedoch nicht. Es würden damit geradezu katastrophale Folgen heraufbeschworen. So gern man jedem die wirtschaftliche Freiheit geben möchte und so verständlich man dieses Verlangen insbesondere bei der Landwirtschaft finden mag, kann man trotzdem der Folgen wegen diesem Wunsche nicht entsprechen.

Welche Folgen würde die restlose Beseitigung der Zwangswirtschaft nach sich ziehen? Überblicken wir die bisherigen Erfahrungen. Wir haben im Frühjahr die Eier dem freien Handel überlassen. Während bei der Zwangsbewirtschaftung der Preis für das Ei im Kleinverkauf zwischen 30—45 Pfg. schwankte, ist es heute im Kleinhandel in den Großstädten unter 1,40—1,80 ℳ nicht zu haben. Eier sind damit nicht mehr, wie immer behauptet wurde, auf den Markt gekommen. Nur der eine Unterschied ist eingetreten, daß der Minderbemittelte, der früher von Zeit zu Zeit seine Eier zugewiesen erhielt, dieselben nicht mehr zu bezahlen vermag, während derjenige, der über unbeschränkte Mittel verfügt, desto mehr davon verzehren kann. Nach der Freigabe des Lederhandels sind die Lederpreise geradezu ungeheuerlich in die Höhe geschnellt. Das Pfund Rohhaut kostet gegenwärtig 10—12 ℳ. Uns wurde ein Fall aus der Praxis mitgeteilt, wonach ein Bauer für einen zum Schlachten gelieferten Ochsen 2000 ℳ erhielt, während der Metzger für die Haut allein 1000 ℳ einnehmen konnte. Die Haut eines Kalbes bringt heute fast soviel wie das Fleisch desselben ein. Das Fleisch steht uner dem Höchstpreise, während die Haut freigegeben ist. Die Folge wird sein, daß wir im kommenden Jahr Schuhe unter 150 ℳ das Paar wohl kaum mehr werden haben können.

Was würden die Folgen sein, wenn wir das Brotgetreide dem freien Handel überlassen würden? Die Höchstpreise ließen sich alsdann nicht mehr aufrechterhalten. Die inländischen Mehlpreise würden sofort auf den Weltmarktpreis hinaufschnellen. Das Pfund amerikanischen Weizenmehles bezahlen wir gegenwärtig mit 2,25—2,50 ℳ. Dieses würde auch der Preis für das inländische Weizenmehl werden. Roggenmehl würde nicht weit darunter stehen. Das Pfund Brot würde alsdann kaum mehr unter zwei Mark zu haben sein, so daß das 4-Pfund-Brot auf 7—8 Mk. zu stehen käme gegen 1,20—1,50 ℳ gegenwärtig. Selbstverständlich müßten die Kartoffeln nach Freigabe des Brotgetreides ebenfalls der freien Wirtschaft überlassen werden, und sie würden sich dem Brotpreis anpassen. Wenn der Brotpreis um das 6—8fache in die Höhe schnellt, werden es auch die Kartoffelpreise tun, so daß wir das Pfund Kartoffeln unter 60—70 Pfg. nicht mehr haben würden. Ebenso würden die Fleischpreise im Verhältnis zum Brotpreis steigen, so daß das Pfund Fleisch auf 18—20 ℳ zu stehen käme. Alle übrigen Produkte, die infolge der zwangsweise niedrig gehaltenen Brot- und Fleischpreise ebenfalls niedrig im Preise stehen, würden sich denselben anpassen.

In landwirtschaftlichen Kreisen wird die Aufhebung der jetzigen Höchstpreise vielfach mit dem Hinweis auf die hohen Preise begründet, die sie für Industrieprodukte zahlen müssen. Es ist ihnen unbekannt, daß auch alle diese Produkte ebenfalls weit unter dem Weltmarktpreis stehen und zwar nur deshalb, weil wir unsere Lebensmittelpreise niedrig gehalten haben. In demselben Augenblick jedoch, wo unsere Lebensmittelpreise den Weltmarktpreis erreichen, werden dies ebenfalls alle Industrieprodukte tun. Der Landwirt wird alsdann die 6—10fachen Preise von heute anzulegen genötigt sein. Ob er dann einen Vorteil gewonnen hat, bleibt sehr fraglich. Was er auf der einen Seite gewonnen, wird ihm auf der anderen Seite wieder genommen werden. Das Hufeisen, das heute 4,50 ℳ kostet, würde alsdann unter 28—30 ℳ nicht mehr zu haben sein. Alle landwirtschaftlichen Geräte würden eine ähnliche Preissteigerung erfahren.

Ob diesses ein erwünschenswerter Zustand werden würde, wird niemand zu behaupten wagen. Wenn der Arbeiter mit einer sechsköpfigen Familie 7—8 ℳ allein für Brot, 4—5 ℳ für Kartoffeln und 10—12 ℳ allein für Fett und Fleisch aufzuwenden hat, kann er unter 100 ℳ pro Tag kaum noch mehr arbeiten. Die Löhne müßten mithin eine Verdrei- bis Verfünffachung erfahren. Die Gelddruckmaschine müßte von neuem in Bewegung gesetzt werden, ungezählte Milliarden neuen Papiergeldes müßten unter das Volk wandern, damit es die teuren Lebensmittelprodukte zu kaufen vermöchte. Wer auch nur einigermaßen wirtschaftliches Verständnis hat, wird sich sagen müssen, daß eine derartige Entwicklung geradezu katastrophal für uns ausfallen müßte.

Die innerpolitischen Folgen wären gar nicht auszudenken. Wir gehen einem sehr trüben Winter entgegen. Würden derartige Lebensmittelpreise Wirklichkeit werden, wie oben angedeutet, wäre eine neue Revolution uns sicher. Sie würde insbesondere die Beamtenkreise erfassen, deren Gehälter eine sechs- bis achtfache Erhöhung erfahren müßten, wenn sie nicht dem Hungertode verfallen sollten. Der Bolschewismus würde zu neuem Leben erweckt. Er würde diejenigen mit verschlingen, die von der Freigabe des Handels größere Vorteile für sich erhoffen. In Wirklichkeit können sie aber keine größeren Vorteile erhoffen, weil eine Preissteigerung die andere auslöst, und zum Schluß sich nur betrogene Betrüger gegenüberstehen.

Eine weitere Wirkung würde die sein, daß ein späterer Abbau der Preise und Löhne nur um so schwieriger würde. Wir hoffen, daß unsere inneren Verhältnisse sich mit der Zeit konsolidieren. Je mehr unsere Valuta sich bessert, je höher der Kaufwert der Reichsmark steigt, desto näher rückt der gesamte Preis- und Lohnabbau. Gegenwärtig stehen wir trotz hoher Preise und Löhne erheblich unter der Weltkonkurrenz. Nirgends kann so billig gekauft werden wie in Deutschland. Je mehr sich jedoch unsere Verhältnisse konsolidieren, umso näher rückt der Moment, wo wir uns der Weltmarktpreiskurve nähern. Werden unsere Gestehungskosten, die heute niedriger wie die der anderen sind, dagegen höher, dann muß unsere Wettbewerbsfähigkeit darunter leiden. Wir sind gezwungen, uns dieser Weltmarktpreiskurve zu unterwerfen.

Von welchen Gesichtspunkten aus man auch an diese Frage herantreten mag, es gibt keine andere Antwort als nur die eine, wir sind gezwungen aus wirtschaftlichen und innerpolitischen Gründen an unserer Zwangswirtschaft vorläufig noch festzuhalten. Nur in dem Maße, wie unsere allgemeinen Verhältnisse sich konsolidieren, können wir den Abbau vornehmen. Nur wer die Katastrophe will, kann die vollständige Befreiung von unserer Zwangswirtschaft erstreben. Das würde für den Augenblick selbstsüchtigen Bestrebungen Vorteil bringen, dem Ganzen jedoch würde es den letzten und zwar den Todesstoß versetzen.

„Die Baugewerkschaft".

Schulnöte der nahen Zukunft.

Aus den verschiedensten Berichten über den Dresdener Kirchentag ergibt sich doch eine einheitliche Auffassung über das Positive dessen, was erreicht worden ist: wir bekommen den Zweckverband. Zwei klar geschiedene Richtungen stellen sich aus Zweckmäßigkeitsgründen unter ein Dach, reichen sich die Hand, wenn es gilt, dem Staate gegenüber ein einheitliches Gesicht aufzusetzen — und in Wirklichkeit haben sie wenig gemein: im Tiefsten, im Glaubensgrunde gar nichts und in der Arbeitsgemeinschaft recht wenig. Auf die Dauer wird das gar nicht gehen; entweder der kirchliche Liberalismus, den „Licht und Leben" „eine kultur-, diesseits- und gegenwartsgestimmte Kirche" nennt, wird, wie einst der Rationalismus von der Zeit und vom Geiste Gottes hinweggefegt (denkbar ist auch, daß er sich den positiven, biblischen Wahrheiten zuwendet) — oder die „auf das Bekenntnis aufgebaute, am Heil der Seelen arbeitende, auf den Herrn wartende Kirche" einigt sich mit allen, die auf dem Bekenntnis zum gekreuzigten und auferstandenen Heiland stehen, und geht ihren Weg. Heute schon weiß sie, daß sie eigentlich mit der katholischen Kirche, vornehmlich aber mit den fälschlich sogenannten „Sekten", mit den Freien Gemeinden, mit den Methodisten, Baptisten und Darbisten mehr einigenden Glaubens- und Wesensgrund hat, als mit dem kirchlichen Liberalismus.

Was sagt uns das für die Schule? — Bei dem Besinnen auf die Bekenntnisschule beginnt in der nahen Zukunft der Kampf — und die Not — und die Scheidung. Dem Staat gegenüber gibt es religionslose, simultane und Konfessionsschulen. Und jede Minderheit kann ihre Forderungen in einer dieser drei Gruppen befriedigt finden. Es sei mr gestattet, das einmal ein wenig ausführlich und einfach darzustellen, des schlichten Mannes aus dem Volke wegen. Also in die religionslose Schule mit dem unchristlichen Moralunterricht schicken Monisten, Freidenker oder schließlich auch — weil's die Partei kommandiert — die große Zahl der „Unabhängigen" ihre Kinder. Die Simultanschule ist das Ideal der Demokraten, der Mehrheitssozialisten (eingeschlossen sind manche Idealisten) — und religiös betrachtet vieler Liberalen: aller aber, die die religiöse Erziehung nicht in die Bahnen eines Bekenntnisses, nicht in festgelegte Wahrheitsformen gelenkt wissen wollen. Sie wollen den Unterricht so nebenher, wohl im Rahmen des Stundenplanes, aber nicht obligatorisch erteilt wissen; und die Kirche als religiöse Gemeinschaft soll ihn durch ihre Organe darbieten. Wir wollen zugeben, daß auch in diesen Schulen eine im Sinne gläubiger d. h. christusgläubiger Eltern gewünschte religiöse Beeinflussung gewährleistet sein kann. Ich sage: kann . . . Es kann auch hier konfessioneller, bekenntnismäßiger Religionsunterricht durchgesetzt werden. Aber ich behaupte: bei dieser Schulgattung schon beginnt der Kampf der gläubigen Eltern. Wir sehen es ja an den höheren Schulen. Der Staat stellt schließlich an der demnächstigen simultanen Volksschule auch die Religionslehrer an — die Kirche mag mitreden — aber wer wird uns verbürgen, daß nicht die Verneinung nun auch in der Volksschule ihre Blüten treibt. Bislang war's ja für ehrliche Lehrer so — und darum für viele eine Qual, die ich oft tief mitempfunden habe — wir waren Bekenntnisschule, weil wir unter der Bekenntniskirche standen. Letztere stand ja längst auf dem Papier; aber den ehrlichen Pfarrern und den ehrlichen Lehrern beider theologischen Richtungen machte es zu schaffen. Viele, die keinen positiven Religionsunterricht in der Schule geben konnten, schwiegen sich um die Sachen herum und „machten so gut es ging". Andere bekannten Farbe; und sie hatten ihre pädagodischen Führer, edle und schlimm-radikale (Kabisch — Paul, Bremer Lehrer). Nun wurden Wunder zum Unsinn gemacht und biblische Geschichten zur Sage. Elternnöte huben an, sachte, allgemach; oft auch heiß und trotzig. Aber es gab noch ein gewisses Zurückhalten und Eindämmen im Religionsunterricht der Volksschule; doch Unklarheit und Unwahrheit wie in der Kirche, so in der Schule. Und daraus wollen, man glaube es mir, heute die Ehrlichen von rechts und links heraus. Und Religionsunterricht wollen 80 Prozent aller Lehrer geben. Aber welchen? — — — — Wird für christusgläubige Lehrer das Heil in der Konfessionsschule gefunden? Ja — und Nein. Nein: wenn auch der Liberalismus die Schule im Religionsunterricht führen darf. Dem Staate gegenüber wird ja die grundlegende, tiefe Scheidung (man nehme einmal die gang und gäben Begriffe: Hie „orthodox" — hie „liberal") nicht zu machen sein; wenigstens von der Kirche aus nicht. Darum wird der Staat einen — irgend einen — Kirchenmann zur "Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts" ernennen. Haben „liberale" Minderheiten durch die Konfessionsschule die Garantie für den Religionsunterricht, falls sie eine Konfessionsschule und keine Simultanschule wünschen? Nein, auch nicht.

Gläubige, d. h. im biblischen Sinne gläubige Eltern, die um ihres Gläubig-geworden-seins (ich sage das absichtlich!) einen bekenntnismäßigen Religionsunterricht wünschen, wollen die in ihrem Sinne christliche Konfessionsschule. Das müssen sie betonen. Wird hier das gefunden, was sie wünschen? Ja; und nur hier. — Die christliche Konfessionsschule verbürgt christliche Erziehung durch den ge-

samten Unterricht, in allen Gesinnungsfächern. Nicht so, als ob's ihr nur um religiöse Ziele zu tun wäre; nein, aus religiösen Gründen betont sie auch nationale Gesinnung und Deutschtum. Von den politischen Parteien aus besehen wird sie die Schule des Zentrums und der Deutsch-nationalen Partei sein. — Wird diese Schule lebensfähig sein? Für das Land zweifelsohne. Aber in den Städten liegt die Sache so, daß sie die Schule der Minderheiten sein wird. Und nun liegt da der Ausgangspunkt kommender Kämpfe: Wird man sie als Schule der Minderheit mit dem gefährlichen Absatz „wo es ohne Störung des Unterrichts möglich ist" unterdrücken können? Werden christliche Privatschulen gestattet werden?

Vorläufig scheint mir die dringendste Arbeit die zu sein: die Organisation und Festlegung christlicher Schulgemeinden. Und dabei weise ich auf etwas hin, das mir sehr am Herzen liegt. In christlichen Schulfragen müssen wir den Kirchendamm durchbrechen und alle auf dem Boden der Bibel (ich sage nicht eines bestimmten Bekenntnisses) und der positiven Stellung zu Christus stehenden Kreise vereinigen. Holen wir die Freien evangelischen Gemeinden, die Baptisten usw. mit heran, so bekommen wir starke Minderheiten, möglicherweise auch in den Städten. Die wissen sich im Tiefsten mit uns eins; und in Schulfragen tritt das Sonderfündlen, die Sonderlehre sicherlich zurück.

Also: Nummero eins werden die gläubigen Eltern die christliche Konfessionsschule für ihre Kinder durchsetzen müssen; Nummero zwei: erreichen sie diese nicht, so werden sie das Opfer zur christlichen Privatschule bringen müssen; Nummero drei: müssen sie aus tatsächlichen Verhältnissen heraus ihre Kinder in die Simultanschule schicken, so haben sie positiv-christlichen Religionsunterricht zu fordern. — Sollten ihnen die Möglichkeiten in ihrem Sinne abgeschnitten werden, so werden sie aus Überzeugung die rein weltliche, die religionslose Schule fordern. Auch die Schule mit Moralunterricht werden sie bekämpfen, denn der kann geradezu antichristlich sein. — —

Es gilt! . . . Wenn irgendwo: hier gilts! Vorläufig gilt's: Aufrüttelung, Sammlung, Erwachen! Kampf um das Teuerste: die Seele deines Kindes! — —

Zuletzt muß einem Einwurf begegnet werden, den man hie und da hören kann: Es ist schließlich so schlimm nicht; wenn mir der Religionsunterricht der Schule nicht paßt, halte ich mein Kind davon fern. — Ja, es ist gut, daß der Zwang ihn zu erteilen und der Zwang ihn zu besuchen, aufgehoben ist. Aber es ist für gläubige Eltern doch ein beklagenswertes Mittel, mit dem sie ihre Kinder schützen müssen. Es soll ein Übergang zu normalen Zuständen sein. Normal ist's doch, daß unsere Kinder erzogen werden. Erziehung in unserm Sinn ist ein Gestaltetwerden in „Sein Bild". Wir halten dafür: nicht das Wissen allein macht den Wert aus, sondern das Gewissen. — Deshalb: Rüstet euch, ihr Christenleute! Wir wollen uns die christliche Konfessionsschule erkämpfen!

Ich schließe mit dem Hinweis, daß ich Widerspruch und Berichtigung dankend entgegennehme. — Ich habe nur einen Posaunenstoß tun wollen in die Kreise derer, die den „Aufwärts" lesen.

Hauptlehrer Ley, Großenbaum.

Was geht in Elsaß-Lothringen vor?

Als im November die französischen Truppen in die Reichslande einzogen, gelang es den Franzosen mit Hilfe des französisch gesinnten Teiles der elsaß-lothringischen Bevölkerung, hauptsächlich in den größeren Städten, Kundgebungen für Frankreich in Szene zu setzen, die den Eindruck erwecken sollten, als ob das ganze Volk nichts sehnlicher erwartet habe, als sich in seiner Gesamtheit in die offenen Arme Frankreichs zu stürzen. Es kann zugegeben werden, daß in einem Teil der Bevölkerung starke Mißstimmung Deutschland gegenüber bestand. Diese hatte ihren Grund in dem Verhalten der Deutschen Regierung vor dem Kriege. Im Volke war der Drang nach größerer Selbständigkeit vorhanden und das angeblich wenige Entgegenkommen der Reichsregierung wurde von französisch gesinnten Agitatoren ausgenutzt, die Unzufriedenheit zu nähren und den Glauben zu erwecken, als winke die goldene Freiheit nur an der Seite Frankreichs.

Inzwischen ist in der Bevölkerung eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Der Gedanke ringt sich durch, daß die durch langjährigen Kampf in Deutschland errungenen Fortschritte auf sozialem und volkswirtschaftlichem Gebiet bei den Franzosen nicht das Verständnis finden, wie das Volk es erwartet.

Was Elsaß-Lothringen jetzt erlebt an Streiks und Kundgebungen, kann viel eher als Ausdruck des Volkswillens bezeichnet werden als die künstlich inszenierten Vorgänge damals beim Einzug der Franzosen. Es streiken die Straßenbahner, die Kalibergleute, die Metallarbeiter, die Kohlenbergleute und jetzt die Eisenbahner. Sie lassen es bald deutlich genug merken, daß sie nicht gewillt sind, sich der französischen Gewalt zu beugen. Sie erklären, sich keiner Fremdherrschaft fügen zu wollen und fordern damit die elsässische Autonomie, die Selbstverwaltung.

Eine Hauptforderung der Eisenbahner verlangt: Entfernung der Franzosen aus dem Betrieb, Besetzung der Posten durch Einheimische, Beibehaltung der deutschen Sprache als gleichberechtigt. Die Franzosen sorgen durch ihr Vorgehen schon dafür, daß die Erregung im Volke nicht nachläßt. Wenn wir Deutschen uns auch hüten müssen, in Schadenfreude uns übertriebenen Hoffnungen hinzugeben, so scheint sich die Annahme doch zu bewahrheiten, daß sich die Erkenntnis in Elsaß-Lothringen mit der Zeit doch durchringen werde, wie viel sicherer und ruhiger es sich doch in dem wohlgeordneten, fortschreitenden Deutschland wohnen ließ, als wie in dem scheinbar demokratisch, in Wirklichkeit aber imperialistisch-kapitalistisch regierten Frankreich.

Man braucht nur unsere Soldaten zu hören, die während des Krieges Gelegenheit genug gehabt haben, in Nordfrankreich, bis vor die Tore von Paris, französische Wirtschaft, französische Ordnung, französisches Landvolkstum kennen zu lernen. Darin sind sich alle einig, daß es in dem verrufenen Deutschland, dem Lande der Barbaren, keine so verwahrlosten Dorfschaften, keine so schmutzigen Wohnungen voller Ungeziefer, keine so verlotterten Schulverhältnisse gibt als in Frankreich und Belgien. Sie begreifen nicht, daß in der Bevölkerung Elsaß-Lothringens wirklich eine so starke Sehnsucht zurück nach Frankreich vorhanden sein soll, als wie man dies der Welt glauben zu machen versucht.

Wie weit die Wünsche der Elsaß-Lothringer gehen und wie das Volk über die Vorgänge denkt, geht aus den Äußerungen der Presse hervor. So schreibt der katholische Colmarer „Kurier":

„Die ernsten Vorkommnisse in Lothringen sind die bedenklichsten unter den verschiedenerlei unliebsamen Erscheinungen der jüngsten Zeit. Sie haben eine politische Tragweite, die sich heute noch gar nicht ermessen läßt. Die Bewegung ist über Nacht hereingebrochen, unerwartet für diejenigen, welche die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben. Ein kleiner Zwischenfall hat sich auf einem Boden, der dafür vorbereitet war, zu einer Staatsaffäre ausgewachsen . . .

Was soll getan werden? Wenn die französische Regierung einen Rat von uns annehmen wollte, dann würden wir ihr sagen: Rufen Sie den Nationalrat (der frühere Landtag) für Elsaß-Lothringen zusammen, der niemals hätte beiseite gesetzt werden sollen, erst recht nicht in dieser Übergangszeit vom Kriegschaos in die Friedensordnung."

Die demokratische Republique meint:

„Dieser Eisenbahnerstreik bedeutet unserer Ansicht nach den Anbruch einer neuen Epoche in unserem Lande. Endlich beginnt unser Volk sich auf seine Rechte zu besinnen und geht zur Tat über. Es begnügt sich nicht mehr, Wünsche zu äußern, es stellt Forderungen. Wir stehen vor dem Bankerott des Systems unserer hysterischen grauen Eminenzen, die der französischen Öffentlichkeit weisgemacht haben, die elsaß-lothringische Bevölkerung hätte keinen sehnlicheren Wunsch, als sich wie ein Karnickel abpelzen zu lassen, um seine ganze Vergangenheit mitsamt der Muttersprache wie etwas, dessen es sich zu schämen hätte, von sich zu stoßen, um sofort einen neuen blau-weiß-roten Balg anzuziehen."

Die sozialistische „Freie Presse" schreibt:

„Die Bewegung der Eisenbahner war keine „egoistische Machtprobe" irgendeiner Gewerkschaft, nein, es war die einmütige Erhebung des gesamten lothringischen Volkes, es war eine machtvolle Kundgebung gegen ein Verwaltungssystem, vor dessen Folgen auch wir stets gewarnt haben.

Die Lothringer, genau wie die Unter- oder Oberländer, haben es satt, sich von machtlüsternen Beamten weiterhin als willenlose Objekte behandeln zu lassen, die unser Land nur als ausbeutungsfähige Kolonie betrachten.

Die Sprache unserer Lothringer war deutlich! Die Sympathien des gesamten elsässischen Volkes sind auf seiner Seite. Wir werden uns gegebenenfalls gemeinsam zu verteidigen wissen, wenn es gilt, unsere nationalen Güter zu retten."

Es wird immer klarer, daß der Friedensvertrag eine Atmosphäre geschaffen hat, in der sich weder das angebliche Mutterland Frankreich, noch die aus der Knechtschaft Deutschlands zurückgeführte Tochter wohlfühlen werden. Möchten die nun allerwärts eintretenden revolutionären Erschütterungen dahin führen, daß dem Volk der Reichslande die Freiheit wird, nach der es sich sehnt.

Die finanzielle Versklavung.

Bisher 892 Millionen Besatzungskosten.

Der Reichsrat hat am Sonnabend den Entwurf des Etats des Reichsschatzministeriums in öffentlicher Sitzung beraten. Der Etat ist in diesem Jahre außerordentlich hoch, weil in ihm die sämtlichen Verwertungsstellen der früheren Militärverwaltung, die Vermögensverwaltung der besetzten rheinischen Gebiete, die Reichsverpflegungsämter, die Reichsbekleidungsämter und die Remonteämter enthalten sind. In dem Etat wurden bei der Beratung etwas über 400 Millionen an den geforderten Summen gestrichen und bei den Einnahmen eine Erhöhung von über 100 Millionen Mark im Einverständnis mit der Reichsregierung eingesetzt.

Von besonderer Wichtigkeit auch in bezug auf die Höhe des Etats sind vornehmlich die Titel 12a, b und c von Kapitel 20 des außerordentlichen Etats. Es werden dabei gefordert unter 12a für den Hohen Ausschuß der alliierten und assoziierten Mächte für das halbe Jahr Oktober bis April fünf Millionen Mark. Der Hohe Ausschuß nimmt für sich

Sie suchet nicht das Ihre.

(Erzählung von Lilli Gottfried.)

Pastor Bardey war durch die Frage des Alten sehr beunruhigt worden. Zuerst hatte er gar nicht begriffen, was er wollte. Allmählich war ihm das Verständnis gekommen. Nun stand er vor sich selbst still und legte sich auch eine Frage vor. Und aus der einen entstanden zehn und mehr, Bardey wußte sie nicht zu beantworten. Aber er mußte mit sich ins Klare kommen. Da war vor allen Dingen die Hauptfrage: „Wie stehe ich zu Dora Ribbers? Ist meine Liebe zu ihr eine andere geworden, als sie vor Jahren war?" Und ob er sich's nur ungern gestehen mochte, als ehrlicher Mann mußte er zugeben: „Ja, sie ist anders geworden, tiefer, inniger." So war Dora an Gertruds Stelle getreten? Ja. — Nein. — Er wußte es nicht. Es war eben alles so ganz anders als früher, sein Leben, seine Liebe und besonders er selbst. Er war reifer und stiller geworden und stark im Kampf des Lebens. Er hatte gelernt, daß es auch ohne Frauenliebe und Familienglück sich leben läßt, fröhlich, glücklich sogar, sich leben läßt, wenn man in kindlichem Vertrauen alles hinnimmt, was Gottes Vaterhand uns darbietet, Liebes wie Leides. Er hatte erfahren, daß es auch von der Liebe gilt: Geben ist seliger denn Nehmen. Aber dennoch sehnte er sich — vielleicht unbewußt — nach einem Herzen, das an all seiner Arbeit, an seinen Leiden und Freuden, seinen Erfolgen und Enttäuschungen Anteil nahm, — nach einer gleichgesinnten Seele, die ihn verstand in seinem Tun und Lassen, seinem Schaffen und Mühen, seinem Ringen und Kämpfen — nach jemand, der ihm half in aller Stille in Treue und Stetigkeit.

Das alles hatte er in Dora Ribbers gefunden. Er wußte, wie viel er ihrem Einfluß, ihrem Gebet zu verdanken hatte. Aber er hatte es sich nie so recht klar gemacht, was sie ihm gewesen war die langen, einsamen Jahre hindurch. Jetzt erst merkte er, wie er innerlich mit ihr verwachsen war; wie er eigentlich alles, was ihn bewegte, mit ihr besprechen mußte; wie er sie vermissen würde, wenn sie einmal nicht mehr da wäre. Nein, daran durfte er gar nicht denken, sie war ja ein Teil seines Wesens geworden, sie war ihm das Liebste, was er auf der Welt hatte. Er begriff nicht, daß er das nicht längst gewußt hatte. Er war nicht einsam gewesen, seit er alles und jedes mit ihr besprochen hatte in den zwischen ihnen gewechselten Briefen. Aber wie ganz anders hätte es sein können! Ob sie ihn wohl heute noch lieben konnte wie einst? Oder ob sie nur noch die Liebe einer Schwester für ihn hatte? Er mußte es wissen — und dann — —

Und doch zögerte er, ihr zu schreiben. Irgend ein Etwas, von dem er nicht hätte sagen können, was es sei, hielt ihn zurück. Endlich hatte er sich entschlossen, der Ungewißheit ein Ende zu machen und jenen Brief geschrieben, der während Doras Krankheit ankam. Dies war sein Inhalt:

Meine liebe, kleine Dora!

Heute komme ich zu Ihnen als ein Bittender, und ich will es nur gestehen: mir ist etwas beklommen dabei zumute. Und doch kann ich es nicht glauben, daß Sie mich abweisen werden. Ich habe heute alte Briefe durchstöbert und dabei mehr als einen von Ihrer Hand gelesen. Diese Briefe haben mir Mut gemacht. Sie zeugen von einer großen, selbstlosen Liebe, die ich mir habe gefallen lassen, — von einer Liebe, die mich glücklich gemacht hat, ohne daß ich es wußte. Ich war nicht undankbar. Ich habe Sie immer lieb gehabt, wie nur ein Bruder sein Schwesterlein lieb haben kann, das wissen Sie, Dora. Daß ich Ihnen eine andere Liebe bieten konnte, die Liebe eines treuen Mannesherzens, das in Ihrer Liebe erstarkt ist und das sich nach Ihnen sehnt mit ganzer Kraft, — das habe ich selbst nicht gewußt. Jetzt weiß ich es, und ich mußte es Ihnen sagen. Sie sind mir viel gewesen, Dora, unendlich viel. Aber das genügt mir nicht mehr. Ich möchte Sie ganz mein eigen nennen. Dora, liebe Dora, kannst Du mir das gewähren? Kannst Du mich wieder lieben wie einst? Wir sind beide alt geworden; ich war ein Tor, daß ich mein Glück nicht eher erkannte. Endlich sind mir die Augen geöffnet worden. Gott gebe, daß es nicht zu spät sei! — Darf ich kommen, Dora? Schreib nur ein Wort

Deinem Fritz Bardey.

— — — — — — — — —

Hätte Hanna Ribbers eine Ahnung von dem Inhalt des Briefes gehabt, sie hätte sicher einige Zeilen an Pastor Bardey geschrieben. Aber sie konnte es ja nicht wissen, daß er Tag für Tag mit steigender Unruhe und quälender Sehnsucht wartete auf ein einziges Wort, wie es auch ausfallen mochte, — nur, daß diese Ungewißheit ein Ende hätte. Er gab sich die größte Mühe, ruhig zu bleiben; aber er wurde immer aufgeregter, lauschte gespannt auf jeden Ton, der in seine Einsamkeit drang; fuhr erschreckt zusammen bei jedem Tritt, der sich seinem Hause näherte; er konnte nicht essen, nicht schlafen, nicht arbeiten. Wie er auch rang nach Ruhe und Stille, er wurde matt und krank durch dies lange, sehnende Warten.

Endlich hielt's ihn nicht länger. Er machte sich für ein paar Tage frei und reiste nach K. Unterwegs schon hörte er, daß Dora Ribbers krank sei. Das beruhigte ihn einesteils, denn es erklärte ihr Schweigen; aber es beunruhigte ihn auch wieder. „O mein Gott, du wirst mir doch nicht auch sie nehmen? Nein, nein, das tust du mir nicht!" — „Und wenn er's nun doch täte, Fritz Bardey?" Bardey stöhnte leise und preßte die Hände gegen die Schläfen. „Wenn er's doch täte? — — Nein, nein, das kann nicht sein!" — — — — — — —

Dora Ribbers saß wie gewöhnlich am Fenster, durch das man einen schönen Ausblick hatte auf die fernen Berge. Hinter diesen Bergen wohnte der, dem all ihre Herzgedanken gehörten, und der ihr jetzt so nahe war, so nah — und sie wußte es nicht. Er hatte leise die Tür aufgemacht und stand da mit hochklopfendem Herzen, nicht wagend, sich ihr zu nähern. Sie bewegte sich nicht, auch dann nicht, als er näherkam. Ob sie wohl schlief?

Auf den Zehenspitzen schlich er heran. Ihre Augen waren geschlossen, an den Wimpern noch Spuren von Tränen. Die rechte Hand hing über die Stuhllehne herab; auf dem Fußboden lag ein Brief; der ihr entfallen war — sein Brief. Heiße Tränen traten in Bardeys Augen, als er sie so dasitzen sah, regungslos wie eine Tote. Und plötzlich ging eine zuckende Angstwelle über sein Herz: sie war doch nicht tot? Er mußte es wissen. Vorsichtig beugte er sich über sie und berührte sie leise, scheu mit seinen Lippen. Sie schlug die Augen auf und sah ihn an — mit dem alten, strahlenden Lächeln.

„Ich wußte, daß du kommen würdest", sagte sie.

„Ja, Dora, ich mußte kommen; ich konnte es nicht mehr aushalten in W.; ich mußte endlich Antwort haben auf meine Frage." —

(Schluß folgt.)

die am besten eingerichteten Vi[illegible]n und Gebäude in Anspruch. Nach Angabe der Sta[illegible] Koblenz werden achtzig bis neunzig Familienwoh[illegible]nger für den Hohen Ausschuß erforderlich werden. [illegible]r die Unterbringung der Geschäftsräume besteht ev[illegible]ls ein großer Bedarf, so daß die angeforderten fünf Millionen kaum ausreichen werden.

Was die Ueberwachungs-Ausschüsse beanspruchen.

In Titel 12d werden für die Unterbringung der interalliierten Ueberwachungs-Ausschüsse für Heer-, Marine- und Luftfahrtangelegenheiten ebenfalls fünf Millionen verlangt. Diese Forderung gründet sich auf die Festsetzung des Artikels 205 ff. des Friedensvertrages. Darin sind sogenannte interalliierte Ueberwachungskommissionen vorgesehen, deren Aufgabe es ist, die Durchführung aller Bestimmungen des Friedensvertrages über Landheer, Seemacht und Luftfahrt zu überwachen. Diese Ueberwachungskommissionen dürfen ihre Dienststellen am Sitze der Zentralregierung einrichten und an jeden beliebigen Punkt des deutschen Staatsgebiets Unterkommissionen entsenden. Dementsprechend soll zunächst eine Hauptüberwachungskommission in Berlin und mehrere Unterkommissionen in zehn anderen deutschen Großstädten gebildet werden.

Für die Ueberwachungskommission in Berlin wird von der Entente gefordert:

1. Zur Unterbringung der Unterkommission für Heer und Marine: für Wohnzwecke der Offiziere ein Hotel mit 300 Zimmern, für Geschäftsräume 200 Zimmer, weitere Unterkunft für 300 Offiziere und Mannschaften; Abstellraum für 60 Automobile.
2. für die Luftfahrtkommission: für Wohnzwecke der Offiziere ein Hotel mit 200 Zimmern, für Geschäftsräume 100 Zimmer, Unterkunft für 450 Personen, Räume für 60 Automobile.

Was die Besatzung kostet?

Bei Titel 12c werden für die Unterhaltung der alliierten und assoziierten Besatzungstruppen in den Rheinlanden 210 Millionen Mark gefordert. Auch dieser Betrag reicht bei weitem nicht aus. Bisher sind in rund zehn Monaten hierfür von der Entente 892 185 600 M. in Anspruch genommen worden. Irgendwelche Rechnungslegung war bisher trotz mehrfacher Noten nicht zu erreichen. Hiernach muß der Satz von 35 Million für den Monat ebenfalls als zu gering bemessen, angenommen werden, wenn nicht eine erhebliche Reduzierung der Zahl der Besatzungstruppen eintritt. Es muß mit mindestens einer Erhöhung auf 50 Millionen monatlich, also für das Halbjahr auf 300 Millionen gerechnet werden.

Beim Titel 13 wird für Grunstückserwerbungen, Neubauten und größere Umbauten anläßlich der Unterbringung der Besatzungstruppen im Rheinland die Summe von 20 Millionen Mark verlangt. Dieser Betrag wird nach den bisherigen Erfahrungen ebenfalls um ein Vielfaches überschritten werden. Die Anforderungen der Besatzungstruppen für Unterbringungszwecke sind gar nicht zu übersehen. So sind z. B. in Mainz von der städtischen Verwaltung 13 Millionen Mark angefordert worden für Neubauten, die von der französischen Behörde in Aussicht genommen worden sind. Welcher Art diese Bauten sind, hat diese noch nicht angegeben, so daß jede Nachprüfung der Frage, ob die Forderungen nach dem Rheinlandsabkommen gestellt werden dürfen, noch unmöglich ist. Bekannt geworden ist bisher der Reichsregierung lediglich, daß erfordert werden 314 000 M. für den Umbau und die teilweise Neuausstattung des Offizierskasinos, 121 000 Mark für Aenderungen in verschiedenen Kasernen, eine Million Mark zur Herstellung eines Forts zu Wohnzwecken. Daneben sollen die Kasernen, die mit Oefen ausgestattet sind, mit Rücksicht auf die schwarzen Truppen mit Zentralheizungsanlagen versehen werden.

In dem Titel 14 werden 40 Millionen Mark gefordert für die Beschaffung von Verpflegungsvorräten durch die Reichsverpflegungsämter des besetzten rheinischen Gebietes. Auch hier ist die Endsumme noch nicht zu übersehen.

Reichsnotopfer und Entente.

Der „Dt. Allg. Ztg." wird von zuständiger Seite geschrieben:

Neuerdings wird in der Presse wieder § 48 des Friedensvertrages in Beziehung mit dem Reichsnotopfer gebracht und die Befürchtung ausgesprochen, daß die Entente darauf Beschlag legen könnte.

Demgegenüber ist festzustellen, daß dieser Paragraph seinem klaren Wortlaut nach sich lediglich als ein Bürgschaftsparagraph erweist. Die Bürgschaft bezieht sich aber nicht auf irgendeinen bestimmten Besitz oder eine bestimmte Steuer, sondern auf das gesamte Eigentum des Reiches und aller deutscher Staaten sowie auf deren sämtliche Einkommenquellen, gleichviel, ob sie steuerlicher oder sonstiger Natur sind. Ein einseitiges Inbeziehungsetzen mit dem Reichsnotopfer ist deshalb unbegründet. Der Artikel gilt ganz allgemein und gibt der Entente kein Recht zu irgendwelchen willkürlichen Zugriffen; das zeigt [illegible] der zweite Absatz des Artikels, in dem bezüglich der Goldausfuhr Deutschlands noch eine Sonderbeschränkung bis zum 21. Mai 1921 eigens getroffen ist. Diese Sonderbestimmung hätte gar keinen Sinn, wenn die Entente selbst den allgemeinen Artikel beliebig auslegen könnte.

Im übrigen ist die Frage sowohl im Ministerium und in der Generaldebatte in Weimar, als auch neuerdings in der Ausschußberatung zum Reichsnotopfer auf das eingehendste durchgesprochen worden, in Verbindung mit den Mitteln und Wegen, welche uns zur Verfügung stehen, unsere nächsten Verpflichtungen gegenüber der Entente zu erfüllen. Nach diesen eingehendsten Erörterungen wurde beschlossen, an dem Entwurf festzuhalten und die Beratung über das Reichsnotopfer fortzusetzen. Daraus ist der Standpunkt der Regierung und der Mehrheit, den diese zu der Frage einnehmen, klar ersichtlich.

Dem Frieden entgegen?

Zusammentritt des Völkerbundes.

Allmählich kommen wir dem Friedenszustand immer näher. In Frankreich ist nach der Annahme des Vertrages durch die Kammer die Ratifizierung durch den Senat noch in dieser Woche zu erwarten. Auch Japan wird in den nächsten Tagen den Vertrag ratifizieren und Italien hat bereits die Ratifizierung bekanntlich durch königliches Dekret vorbehaltlich der späteren Zustimmung des Parlamentes vollzogen.

Der Pariser „Temps" glaubt, daß bereits am 12. Oktober die notwendigen drei Ratifikationen der alliierten Großmächte vollzogen sein werden, und daß dann der Rat des Völkerbundes werde zusammentreten können. Er habe nämlich in einigen wichtigen Fragen sofort Entscheidungen zu treffen. Er müsse besonders innerhalb von 14 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages drei der fünf Mitglieder ernennen, die mit einem französischen und einem deutschen Delegierten die Kommission zu bilden hätten, die die Grenzlinie des Saargebiets festzusetzen habe. Außerdem habe er die fünf Mitglieder der Regierung des Saargebiets zu bestimmen sowie deren Präsidenten. Schließlich habe der Rat des Völkerbundes den Hohen Kommissar für Danzig zu ernennen. Aus all diesen Gründen müsse die Einberufung des Rats des Völkerbundes dem Inkrafttreten des Friedensvertrages unmittelbar folgen und diese Zusammenkunft müsse auch dann stattfinden wenn der Friedensvertrag in Amerika noch nicht ratifiziert sei.

Vor allem wird es aber wohl das Bedürfnis der Ententemächte sein, ihrem Ansehen wieder Geltung zu verschaffen, das zumal durch das jämmerliche Versagen der Friedenskonferenz in der Fiumefrage bedenklich gelitten hat. Der Ministerpräsident Clemenceau ließ im Anschluß an einen Antrag der französischen Sozialisten, der eine baldige Zusammenkunft des Völkerbundes verlangt, um die Abrüstung in die Wege zu leiten, durch die Agentur Havas einen Brief veröffentlichen, den er am 1. September an Oberst House gerichtet hat und in dem er ersucht eiligst die erste Versammlung des Völkerbundes nach Washington einzuberufen. Der Völkerbund habe Hoffnungen erweckt, und um eine Reihe internationaler Probleme, mit denen sich alle Nationen beschäftigen, lösen zu können, wäre es deshalb ratsam, schon im Monat November zu einer Sitzung einzuladen. Clemenceau erklärt, es scheine ihm von besonderer Wichtigkeit, daß durch diese Tagung der Welt bewiesen werde, daß der Völkerbund bestehe und sich bemühe, moralische Kraft zu erlangen.

Ein besseres Armutszeugnis konnte Clemenceau der Friedenskonferenz, deren Vorsitzender er bekanntlich ist, wohl kaum ausstellen. Die „moralische Kraft" reicht wohl noch dem gedemütigten und zerschmetterten Deutschland gegenüber, allein die neugeschaffenen slawischen Staaten kümmern sich nur insoweit um die hohe „Friedenskonferenz", als sie sich von ihr Vorteile versprechen. Jetzt soll der vielgepriesene Völkerbund diesem Uebel abhelfen, ob mit Erfolg, das wird die Zukunft lehren.

Amerikanische Einschränkungen zum Friedensvertrag.

Aller Voraussicht nach wird der amerikanische Senat den Friedensvertrag mit folgenden Einschränkungen annehmen: 1. Ausdrückliche Bestätigung der Monroelehre, wonach kein fremdes Land sich in nordamerikanische Angelegenheiten mischen darf. 2 Der Kongreß muß das Recht haben, darüber zu entscheiden, ob die Truppen der Vereinigten Staaten in Europa gebraucht werden dürfen. 3 Der Völkerbund darf nicht das Recht haben, sich in rein innere Angelegenheiten der Vereinigten Staaten einzumengen.

Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Die Wiederherstellung der zerstörten Bergbaugebiete.

Die Kommission der deutschen Bergbau-Sachverständigen hat in der Zeit vom 23. bis 25. September von Versailles aus eine Rundfahrt zur Besichtigung der beschädigten Bergbaugebiete Nordfrankreichs unternommen.

Die Kommission war in zwei Gruppen geteilt: Der Gruppe 1 gehörten fünf, der Gruppe 2 drei höhere deutsche Staats- und Privat-Bergbeamte und je ein Vertreter der deutschen Arbeiterschaft an. Sie wurden von je einem französischen Offizier und einem französischen höheren Bergbeamten geführt. Gruppe 1 besuchte die Grubenfelder des Departements Pas de Calais und Gruppe 2 die Grubenfelder des Departements du Nord.

Die Aufgabe der Kommission bestand darin, sich einen Ueberblick über die in den beiden Departements an den Bergwerken während des Krieges erfolgten Zerstörungen und ein Bild für die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der Bergwerke zu verschaffen. Die Gruben sind zumeist vollständig ersoffen und an ihre Sümpfung kann erst herangetreten werden, nachdem die Schäden in den Schächten festgestellt und die Schächte aufs neue gegen Wasserdurchbrüche abgedichtet sind. Diese Arbeiten sind äußerst mühselig, zumal genaue Unterlagen über die Art der Beschädigung der Schächte naturgemäß fehlen oder, weil von verschiedenen Truppenkörpern verursacht, nur schwer gesammelt werden können.

Im östlichen Teil des Gebiets waren die beschädigten Bergwerksanlagen zum größten Teil schon wieder im Aufbau begriffen. Einige Schächte förderten bereits wieder und bei manchen steht die Inbetriebnahme für die nächsten Monate zu erwarten. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß die östlichen Gruben in etwa zwei Jahren, die westlichen in sechs bis acht Jahren wieder vollkommen hergestellt sein werden.

Die französischen Grubenverwaltungen haben für den Wiederaufbau zumeist schon vollständig feste Pläne entworfen. Die Kommission hatte den Eindruck, daß die an die französischen Grubengesellschaften herantretenden Aufgaben bei dem Wiederaufbau so bedeutend sind, daß sie die deutsche Hilfe in Anspruch nehmen werden. Diese Hilfe wird sich besonders auf Aufräumungsarbeiten, Schachtreparaturen, Eisenkonstruktionen, Lieferung von Maschinen, Bau von Koksöfen einschließlich Nebenproduktengewinnung, Betriebsgebäude, Arbeiterwohnhäusern in Form ganzer Kolonien, erstrecken können.

Deutsches Reich.

— Dem Besuch der Frankfurter Messe durch den Präsidenten Ebert werden in den nächsten Tagen Besuche des Ministerpräsidenten Hirsch und einer Reihe von Ministern der Einzelstaaten folgen, unter ihnen der des preußischen Handelsministers Fischbeck.

— Als erster Präsidentschaftskandidat für die deutsche Republik tritt der Bodenreformer Adolf Damaschke auf den Plan! In seinem Organ teilt er mit, daß er von Hamburg aus als Kandidat aufgestellt worden sei und diesem Rufe zu folgen gedenke.

*

:: **An die Deutschen aus den Abstimmungsbezirken!** Deutsche Männer und Frauen! Bewahrt Euch die deutsche Heimat! Ihr, die Ihr aus Ost- und Westpreußen, aus Oberschlesien und aus Schleswig-Holstein stammt, bewahrt Eurer Heimat auch die Treue, wenn Ihr jetzt in fremdem Land, in fremder Stadt weilt. In Eurer Hand liegt das Schicksal der Gebietsteile, in denen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen. Ihr sollt mit darüber entscheiden, ob Eure Heimat fernerhin noch zum Deutschen Reiche gehören soll. Keiner darf bei dieser Entscheidung fehlen! Jeder tue seine Pflicht! Jeder Abstimmungsberechtigte trage sich in die Fragebogen ein, die am 8. Oktober aus Anlaß der Volkszählung in jede Familie kommen. Es gilt, die Abstimmung vorzubereiten, von der Vorbereitung hängt der Erfolg ab. Jeder hole die Seinigen heran! Jede Stimme zählt, jede entscheidet!

:: **Der holländische Kredit für Deutschland.** Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Amsterdam gemeldet: Anläßlich der Mitteilung des Ministers Erzberger über einen Valutakredit in Holland erfährt das „Handelsblad", daß in maßgebenden holländischen Bankkreisen von einem solchen Kredit nichts bekannt sei. Zwar sollen von verschiedenen Seiten Unterhandlungen geführt werden, doch lasse sich über das Ergebnis noch garnichts voraussagen. Vermutlich handele es sich bei dem von Erzberger erwähnten Kredit nur um einen kleineren Warenkredit angeblich gegen Lieferung von Kartoffeln.

:: **Ein Kompromiß über die Umsatzsteuer.** Wie verlautet, ist zwischen den drei Regierungsparteien, Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten ein Kompromiß zustande gekommen. Der Satz der Umsatzsteuer ist mit 1½ Prozent für jeden Umsatz bis zur letzten Hand festgelegt. Gleichzeitig wird auch die Liste von Gegenständen, die unter die Luxussteuer fallen, noch etwas erweitert werden. Die genaue Festsetzung der Luxussteuersätze ist noch besonderen Vereinbarungen im einzelnen vorbehalten worden. — In dem Gesetzentwurf der Regierung war die Umsatzsteuer mit 1 v. H für alle Lieferungen und Leistungen festgesetzt, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt ausführt. Ferner war eine Steuer von 5 v. H. festgesetzt auf Lieferung im Kleinhandel von Gegenständen, die ihrer Beschaffenheit nach zum Gebrauch oder Verbrauch in der Hauswirtschaft bestimmt sind. Die Luxussteuer beträgt nach dem vorliegenden Entwurf 10 v. H bei der Lieferung der Luxusgegenstände durch den gewerblichen Hersteller und 15 v. H bei der Lieferung eines bestimmten kleineren Kreises von Luxusgegenständen im Kleinhandel.

:: **Zollkonferenz in Versailles.** Die vom Reichsfinanzminister Erzberger vor einigen Tagen angekündigte Konferenz mit Ententevertretern, die den Zweck haben sollte, das „Loch im Westen" zu verstopfen, wird in Versailles stattfinden. Als Termin der Konferenz ist bereits vom Minister der 10. d M. mitgeteilt worden. Die deutsche Abordnung steht unter Führung des Unterstaatssekretärs Bergmann vom Reichsfinanzministerium, und ihr gehört auch ein Vertreter der Oberzolldirektion Köln an. Sie ist bereits in Versailles eingetroffen. Auf französischer Seite werden die Verhandlungen geleitet von dem Wiederaufbauminister Loucheur. Auf deutscher Seite wird grundsätzlich die uneingeschränkte Wiederherstellung der deutschen Zollhoheit im Westen gefordert. Auch die Waren für die fremden Besatzungstruppen im besetzten Gebiet sollen bei der Einfuhr verzollt werden, um eine genaue Kontrolle des Warenverkehrs ausüben zu können, doch wird den Besatzungstruppen selbstverständlich der Zoll vergütet. Wenn es gelingt, wie zu hoffen ist — und was schließlich auch im Interesse der Entente liegt —, das „Loch im Westen" zu verstopfen, so dürfte sich von selbst die Zahlung der Zölle in Gold erübrigen.

:: **Erzberger gegen Helfferich.** Bekanntlich ist vor längerer Zeit gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich ein Strafverfahren wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers eingeleitet worden. Vor einigen Tagen ließ Helfferich in einem Berliner Mittagsblatt erklären, er habe seit Anfang September nichts mehr von dem Strafverfahren gehört. Jetzt fordert auch das Zentralorgan der Mehrheitssozialisten, der Berliner „Vorwärts", schnellste Klärung dieser Angelegenheit. Das Blatt schreibt: „In der „Kreuzzeitung" beschäftigt sich in einer Wochenschau Graf Westarp abermals mit Erzberger und wiederholt die von Helfferich in Stuttgart bereits gegebenen Mitteilungen, daß bis jetzt Dr. Helfferich noch keinerlei Nachricht von einer Anklage oder von gerichtlichen Schritten Erzbergers erhalten habe. Nach den vor etwa sechs Wochen bereits gegebenen offiziellen Erklärungen, daß die Klage wegen der Anschuldigungen Helfferichs gegen Erzberger eingeleitet sei, müßte Helfferich schon längst im Besitz der Klage sein. Wenn gegen einen Minister derart ehrenrührige Vorwürfe erhoben werden, wie das der ehemalige Vizekanzler Helfferich gegen Erzberger getan hat, so muß Hart-

vorigkeit und Schweigsamkeit von den Durchschnittsmenschen als Schuldbekenntnis aufgefaßt werden. Das Ansehen des gesamten Reichsministeriums gebietet schnellste Klarstellung!" — Wie von zuständiger Seite verlautet, ist der Klageantrag Erzberger gegen Helfferich der Staatsanwaltschaft am 29. September zugegangen.

:: **Schlechte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischen Lagern.** Während bisher verlautet hatte, daß die Behandlung unserer Gefangenen bei den Amerikanern eine erträgliche und menschenwürdige sei, mehrten sich in der letzten Zeit Nachrichten, die gerade das Gegenteil erkennen ließen. Leider stellt sich heraus, daß die Behandlung zum Teil sogar eine grausame und unmenschliche ist. So hatten z. B. eine große Gruppe deutscher Gefangener bei einer Pulverexplosion allerschwerste Brandwunden erlitten. Die Folge davon war, daß sie sich weigerten, die Arbeit weiterzuführen, solange nicht Sicherungen gegen solche Unglücksfälle geschaffen seien. Daraufhin sperrten sie die Amerikaner auf sechs Wochen in Einzelarrest bei Wasser und Brot ein und verfügten ihre Freilassung nicht früher, als bis sie zur Arbeit zurückkehrten. Auch ist die Bezahlung unserer Gefangenen bei nur 20 Centimes täglich eine völlig unzureichende. Hinzu kommt, daß sie mit Kolben und Bajonetten geschlagen werden, wenn ihre Kräfte bei der Arbeit versagen. Schließlich ist sogar in einem Lager ein allgemeines Beschwerdeverbot erlassen worden. Diese und ähnliche Erscheinungen haben die deutsche Regierung veranlaßt, bei der Schweiz vorstellig zu werden und sie um Entsendung von Vertretern der schweizerischen Gesandtschaft zur Untersuchung der Vorfälle zu ersuchen.

:: **Die Kölner Stadtverordnetenwahlen.** Am Sonntag fanden in Köln die Stadtverordnetenwahlen statt. Bis Mitternacht lagen von den insgesamt 404 Wahllokalen die Ergebnisse von 348 vor. Danach haben erhalten: Die Deutsche Volkspartei 8917, Deutschnationale Volkspartei 3526, Deutschdemokratische Partei 11 072, das Zentrum 71 902, die Mehrheitssozialisten 56 295 und die Unabhängigen Sozialdemokraten 11 419 Stimmen.

Rundschau im Auslande.

‡ Der letzte Bericht des polnischen Generalstabes meldet schwere Kämpfe an der Dünafront. Besonders heftige Kämpfe entspannen sich um den Brückenkopf Bobrisch, bei denen auch der Kommandant der Posener Division General Dubiski gefallen ist.

‡ Nach Meldungen aus Konstantinopel ist das gesamte türkische Ministerium zurückgetreten.

‡ Der amerikanische General Jadvin und Leutnant Boy, die im Auto von Luck nach Kiew gelangen wollten, wurden bei Rostow von Bolschewisten gefangen und erschossen.

Belgien: Die Engländer räumen die belgische Küste.

‡ Das „Belgische Echo" meldet: Die Engländer haben soeben die belgische Küste geräumt. Die großen Panzerbefestigungen der Deutschen in Zeebrügge werden von den belgischen Truppen gesprengt. Die Schiffsgeschütze der Deutschen, die bei Ostende stehen, werden nicht entfernt. Die Eigenschaft von Dover als englischer Stützpunkt wird aufgehoben.

England: Beilegung des Eisenbahnerstreiks.

‡ Der englische Ministerpräsident Lloyd George hat eine Verständigung mit den Eisenbahnern erzielt. Die Arbeiter haben Anweisung erhalten, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die Hauptbedingung der Regierung ist also erfüllt worden. Vor drei Tagen drohten die Verhandlungen zu scheitern, weil Lloyd George darauf bestand, daß nicht verhandelt werden könne, ohne die Zusage sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit. Den sachlichen Arbeiterforderungen wollte Lloyd George weit entgegenkommen. Er meinte auch, daß der Streik nicht so sehr durch diese Forderungen bedingt sei als durch das Hineintragen politischer Momente. Dem Eingreifen des Transportarbeiterverbandes ist es gelungen, den Streik zu entpolitisieren und ihn dadurch beizulegen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt unter der Voraussetzung, daß sie vor Ende des Jahres beendet sind. Die gegenwärtigen Lohngesetze bleiben bis September 1920 aufrecht erhalten und können dann herabgesetzt werden, wenn die Preise der Lebenshaltung inzwischen gefallen sein sollten.

Italien: Der Feldzug d'Annunzios.

‡ In Trau an der dalmatinischen Küste ist es zwischen Italienern und Jugoslawen zu blutigen Kämpfen gekommen. Die Amerikaner sind in Sorge, daß ein Krieg zwischen Italien und dem neuen serbisch-kroatischen Staate ausbrechen könnte. Auf Ersuchen des italienischen Admirals sind Amerikaner gelandet worden. Indessen greift Italien die dalmatinische Küste entlang südwärts an. — In Montenegro ist es zu einem Aufstand gegen Serbien gekommen, hinter dem man italienisches Geld vermutet. — Wie „Matin" aus Rom meldet, hat der Herzog von Aosta den Auftrag erhalten, sich nach Abazzia zu begeben, um d'Annunzio aufzufordern, sich auf die Besetzung Fiumes zu beschränken, keine neuen Freiwilligen mehr anzunehmen und abzuwarten, bis Italien mit den Alliierten die Verhandlungen über den Zwischenfall von Fiume abgeschlossen hat.

Vereinigte Staaten. Kräfteverfall bei Wilson.

‡ Der Pariser Herald meldet aus Washington: Wilson hat innerhalb von drei Tagen zwei Nervenchoks erlitten. Seine Kräfte haben bedenklich abgenommen. Er liegt oft wie geistesabwesend und teilnahmslos und wird von dauernden Nervenerschütterungen heimgesucht. Irgendwelche Besuche darf er nicht empfangen. Die Aerzte erklären, vor zwei bis drei Monaten sei an eine Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit nicht zu denken.

Kirche, Schule und Mission.

75 jähriges Jubiläum des Lehrerinnenseminars der Diakonissenanstalt Kaiserswerth.

Am 24. September d. J. feierte man in Kaiserswerth das Andenken an die vor 75 Jahren durch Theodor Fliedner erfolgte Gründung des Lehrerinnenseminars. Sogleich mit der Erneuerung des Diakonissenamtes begann er auch Kleinkinderlehrerinnen auszubilden: bald sah er sich genötigt auch für Volksschulen, Handarbeitsschulen und höhere Mädchenschulen Lehrerinnen heranzubilden. In drei besonderen Seminaren machen jährlich zusammen 80 bis 90 Schülerinnen ihre Abschlußprüfung als Kleinkinderlehrerinnen, Volksschullehrerinnen oder Lehrerinnen an höheren Mädchenschulen. Insgesamt sind bisher fast 5000 Lehrerinnen von den Schulen ausgegangen. 300 von ihnen waren trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse zu der Feier gekommen und gaben ihre Anhänglichkeit durch reiche Festgaben für den notwendigen Neubau des Volksschullehrerinnenseminars Ausdruck. Ein Vertreter der Regierung in Düsseldorf sprach sehr warm die Anerkennung dessen, was die Seminarien im Dienste unseres Volkes geleistet hätten, aus. Außer den drei Seminarien sind jetzt in Kaiserswerth vorhanden: Volksschule, Mittelschule, Höhere Töchterschule, Haushaltungsschule, Frauenschule, Gartenbauschule, Soziales Frauenseminar. Im Sinne des weitschauenden Gründers der Anstalten liegt es, durch möglichst allseitigen Ausbau unserem Volk in dieser schweren Zeit zu dienen.

wp. **Die Westfälische Frauenhülfe** hat ihre Jahresversammlung am 14. und 15. Oktober in Bielefeld (Johannesgemeindehaus). Vor dem Kriege gestalteten sich diese Jahresversammlungen wegen der starken Beteiligung zu eindrucksvollen Kundgebungen. An der letzten öffentlichen Versammlung 1916 in Dortmund nahmen über 3000 Frauen teil. Die diesmalige Tagung wird durch einen Festgottesdienst am 14. Oktober nachmittags 6 Uhr in der Altstädter Kirche eingeleitet (Generalsuperintendent D. Schöttler-Magdeburg). Am 15. Oktober hält vormittags 10 Uhr Gymnasialdirektor Dr. Koldewey-Harzburg einen Vortrag über „Volkshochschulbewegung und Frauenhülfe", sodann spricht Frau Oberin Magdalene von Tiling-Elberfeld über „Die Frau und das kirchliche Wahlrecht". In der Nachmittagsversammlung um 2¾ Uhr werden zwei weitere wichtige Fragen behandelt: „Die Mutter als Trägerin der Zukunft unseres Volkes" (Frau Direktor Hymmen-Soest) und „Die Frau im kirchlichen Leben der Gegenwart" (Frau Thea Zimmermann-Gelsenkirchen).

exped. **Konsistorialrat** D. **von Doemming** ist bei Rückkehr von einer Dienstreise nach Erfurt am 1. Oktober d. J. in Magdeburg am Herzschlage plötzlich verschieden. Aus einer reichgesegneten Tätigkeit ist der Verstorbene, der im noch nicht vollendeten 58. Lebensjahre stand, herausgerissen worden. Mit 21 Jahren bereits Referendar, war er zunächst in der allgemeinen Staatsverwaltung beschäftigt. 1900 bis 1902 war er beim Berliner Polizeipräsidium tätig, wurde dann als Oberregierungsrat Vorsteher der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen der Regierung in Potsdam und war seit 1909, nachdem er im Jahre zuvor in den Evangelischen Oberkirchenrat berufen worden war, Präsident des Konsistoriums in Magdeburg. Er war weit entfernt von bürokratischer Auffassung seines so bedeutungsvollen Amtes und verdankte den Einfluß, dessen er sich rühmen konnte, dem ganzen Einsetzen seiner arbeitsfrohen im biblischem Christentum wurzelnde Persönlichkeit, der lebendigen, inneren Teilnahme an den Aufgaben und Arbeiten der Kirche. Nach der Trauerfeier in Magdeburg am 3. d. Mts. fand die Überführung nach Wernigerode statt.

expd. **Die Evangelischen des Freistaats Danzig und die Landeskirche.** Die Gemeinderäte sämtlicher 66 evangelischer Gemeinden des Freistaats Danzig mit 200 000 Gemeindegliedern und 74 Pfarrern haben in einem besonderen Beschluß einstimmig ihren dringenden Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Verbindung mit der preußischen Landeskirche auch künftig aufrechterhalten werde. Bekanntlich faßten schon vor einiger Zeit rund 700 evangelische Gemeinden im Posenschen Abtrennungsgebiet den gleichen Beschluß.

wp. **Der Westdeutsche Jünglingsbund,** die größte der deutschen ev. Jungmännerorganisationen, hat am 12. und 13. Oktober in Barmen (Stadthalle) und Elberfeld (Jugendhaus) sein 71. Bundesfest. Er ist in der Öffentlichkeit besonders durch seine zahlreichen, beliebten „Soldatenheime" während des Weltkrieges in Feld und Heimat weithin bekannt geworden. Auf dem Bundesfest wird u. a. von den Sekretären über die letzten Tage in Elsaß-Lothringen vor der Besetzung durch die Franzosen in bemerkenswerter Weise berichtet werden. Neben seiner weitverzweigten Hauptarbeit, der sittlich-religiösen Förderung der Jungmännerwelt in Westdeutschland, wird vom Bunde auch unter den neuen Verhältnissen der Pflege von Geist und Gemüt unter den Soldaten besondere Sorgfalt gewidmet.

Letzte Nachrichten.

Verhaftung eines Wenden-Führers.

Zur Verhaftung des Wendenführers Barth wird von dem vom Reichsgericht gestellten Untersuchungsrichter mitgeteilt: Der Haftbefehl gegen Barth, der wegen versuchten Landesverrates erfolgte, stützt sich auf den Verdacht, der sich aus einem Aufsatz des bekannten Pariser Hetzblattes „Matin" vom 15. April 1919 ergibt. Nach diesem Aufsatz hat Barth einem Vertreter dieser Zeitung erklärt, Deutschland mobilisiere insgeheim von neuem, um über die Tschechen und Polen herzufallen. Der Sitz dieser Rüstungen sei besonders die Gegend von Bautzen, Königswartha, Hoyerswerda und Kottbus. Barth rief die Verbandsmächte auf, sofort Maßnahmen gegen diese Rüstungen zu ergreifen. Bei der damaligen Lage war es nicht ausgeschlossen, daß diese Erklärungen Barths auf ein neues bewaffnetes Vorgehen der Feinde gegen Deutschland hinwirkten, insbesondere eine feindliche Besetzung des erwähnten Gebietes zur Folge haben konnten. Barth hat gegen den Haftbefehl Beschwerde eingelegt. Die Entscheidung hierüber steht dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts zu, dem die Akten bereits übersandt worden sind.

Petersburg im Süden abgeschnitten.

Beim russischen Generalstab in Narwa ist das erste Radiotelegramm Denikins eingetroffen, in dem es heißt, daß sein Heer 50 Kilometer vor Orel auf dem Wege nach Moskau stehe. Die russische Nordwestarmee hat die Eisenbahnlinie Petersburg—Pskow erreicht. Damit ist Petersburg vom Süden abgeschnitten. Unter den bolschewistischen Soldaten macht sich eine große Neigung zur Fahnenflucht bemerkbar.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Postschließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heidbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7252 Hannover.

Selten hohe Gewinnchance!

Gilt! Gilt!

Genehmigt für Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig, Bremen.

12. Geldlotterie

zur

Wiederherstellung der Lorenzkirche.

Ziehungen am 16. und 17. Oktober 1919.

125 000 Mark
50 000
20 000
10 000
1000 usw.

Original-Lose in jeder Anzahl versendet incl. Porto und Gewinnliste zum Preise von Mk. 3.30 auch gegen Nachnahme

Der Generalvertrieb
Karl Meier, Hamburg-Eilbeck.

(Liste wird jedem Besteller unaufgefordert übersandt.)

Mädchen
für Geschäftshaushalt auf bald gesucht bei Familienanschluß
Weiß Haarpflege,
Bielefeld, Viktoriastr. 10.

Zuverlässiges, christl. evangel.
Mädchen
für alle Hausarbeit sofort gesucht. Lohn nach Übereinkunft.
Frau Architekt Fromme,
Soest, Jakobistr. 62.

Feinste
Leder-Glanz-Creme
erhalten Sie stets frisch und kaufen Sie vorteilhaft in Dosen im Kleinhandel zu 60 Pfg., 1,50 Mk. und höher von dem
Versand A. W. Huland,
Vertretung der Fabriken Bergneustadt (Rheinland).
Filialen: Düsseldorf, Merowingerstraße 52; Lennep, Teichstraße 4; Wesel a. Rh., Johann-Siegmundstraße 10.

Landpfarrhaus
sucht ein gläubiges, gebildetes
junges Mädchen
zu 3 kleinen Kindern.
Pfarrhaus Alt-Wildungen (Waldeck)

Zahnpraxis W. Heidbrede
Bielefeld, Grabenstraße 22.
Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Die Wahrheit
über die Leiden des armenischen Volkes in der Türkei während des Weltkrieges.
Von Oberlehrer E. Sommer.
Bei Geldvoraussendung netto Mk. 1.— oder Nachnahme.
Fr. Ehrler, Kolporteur für Armenien, Amshausen, Post Steinhagen i. W.

Die Evangelisch-soziale Schule
in Bethel b. Bielefeld
bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übermittelt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindehelfer, Jugendpfleger, Missionszögling oder was es sei.
Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.

Einem schwergeprüften Familienvater ist in dieser Zeit des Umsturzes unerwartet die Pacht gekündigt. Welcher Christenmensch würde seinem Bruder zur Gründung einer Existenz helfen, indem er ihm zum Ankauf eines kleinen Grundstücks
10-15000 Mk. leiht?
Näheres unter Fr. Kl. 9 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Gut empf. anspruchslose Dame, welche vereinsamt, wünscht bald
dauernden Vertrauensposten
bei pflegebedürftigem älteren Herrn, da in Pflege, häusl. und schriftlichen Arbeiten erfahren.
Anerbieten zu richten an
Fräulein E. L., p. Adr. Frau Fabrikbes. Maiern, Driesen N. M. Holmstraße 12.

Zerrissene Strümpfe,
Wolline, Baumwolline, Seiden, Flachs werden schnellstens repariert bei
M. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.

Stellen-Gesuche u. -Angebote
haben im „Aufwärts" sehr oft
Erfolg.